

Wir empfehlen eine Veranstaltung der AA/NO

Warum steigen die Mieten und die Wohnungsnot?

Die Wohnungsfrage im Kapitalismus

Vortrag & Diskussion

Referent: Jonas Köper (Redaktion GEGENSTANDPUNKT)

**Donnerstag, 13. Februar 2014, 19 Uhr · Universität Hamburg,
Philosophenturm, Hörsaal D**

Das ist ein öffentliches Thema: Der Preis fürs Wohnen, Miete oder Kauf, geht Massen Leuten an die Lebensführung, wenn sogar Besserverdienende 30 – 40 % ihres Einkommens dafür loswerden. Mieter werden verdrängt an den Stadtrand und finden sogar gar keine geeignete Wohnung – ein absoluter Mangel, der sonst auf den Märkten für normale Leute nicht üblich ist. Die Zahl der Obdachlosen steigt auch. Ein Dauerthema.

Weniger ist in der Öffentlichkeit die Rede von solchen Fragen: Was ist das für ein Markt, dieser Wohnungsmarkt? Warum sind in Ballungsgebieten die Mieten und Preise für Wohnungen so immens höher als in anderen Lagen, obwohl die Baukosten gleich sind? Was will da so teuer bezahlt sein bei den Geschäftsleuten der Sparte „Haus und Grund“? Wie machen Grundeigentümer aus einem Stück Erde Geld? Was ballt sich alles in „Ballungsgebieten“, und warum ziehen auch so viele Leute dahin, wo sie sich das Wohnen kaum leisten können? Was ist mit ihren Einkommen los, dass schon das Wohnen sie an die Grenze stoßen lässt? Etwas Ursachenforschung wäre doch angemessen, wenn die Wohnungsfrage so existenziell auf den Nägeln brennt.

Stattdessen tönt der Ruf, dass doch nicht sein dürfe, was ist: „Wohnen muss bezahlbar bleiben!“ Dieser Appell im Namen braver Leute, die ja zahlen wollen und kaum mehr können, richtet sich an die Poli-

tik. Ob das die geeignete Adresse ist? Stutzig machen könnte schon deren Antwort: Politiker versprechen eine „Mietpreisbremse“, also das Steigen der Mieten zu verlangsamen, die für Mieter längst zu hoch sind. Mehr wollen sie den Immobilienbesitzern und Investoren aber nicht zumuten. Das ist kein Wunder. Das Gewinnemachen mit Immobilien zählt zum Wirtschaftswachstum, auf das der Staat aus ist und alles ausrichtet. Dafür schützt er schließlich das Eigentum, auch an Haus und Grund, und deshalb fördern Kommunen sogar mit öffentlichen Geldern die „Attraktivität“ von „Lagen“, damit Investoren dort in Haus und Grund anlegen, um auch an hohen Preisen fürs Wohnen zu verdienen. Weshalb es die Absurdität in dieser Marktwirtschaft gibt, dass Mieter und Wohnungssuchende die Verbesserung von Infrastruktur in ihrem Quartier ebenso fürchten wie die Sanierung und Modernisierung ihrer Wohnungen.

„Wohnen darf keine Ware sein!“ setzen radikalere Kritiker dagegen. Bei so einem existenziellen Bedürfnis wie dem Wohnen geht ihnen wohl zu weit, was im Kapitalismus gilt: Jedes Bedürfnis wird für ein Geschäft ausgenutzt, und dafür ist Wohnen sogar besonders geeignet, weil das jeder muss. Beim Wohnen wünschen sie es anders. Nur hilft so ein Wunsch noch nicht einmal beim Nachdenken darüber weiter, mit was für einer Wirtschaft der Mensch mit seiner Wohnungsfrage konfrontiert ist.

Neuerscheinung!



Freie Wahlen werden amtlich als Kernstück der Demokratie geschätzt. In der Demokratie, heißt es, wird nicht einfach regiert – das Volk erteilt per Abstimmung den Auftrag zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte. Weniger amtlich betrachten Politiker wie Wähler diese Veranstaltung ohne solche Ehrerbietung. Demokratische Politiker nehmen Wahlen nüchtern als Bedingung und Gelegenheit, auf Kosten der Konkurrenten an die Macht zu gelangen. Und mündige Bürger haben Wahlen längst als Schwindel durchschaut. Wählen gehen sie selbstbewusst ohne Illusionen, damit etwas zu „bewirken“ oder zu „verändern“.

Sowohl die hohe Meinung über die hehren Grundsätze demokratischer Machtausübung wie auch das abschätzigste Urteil über die praktische Betätigung des Volkswillens übergehen allerdings, was das Institut der freien Wahlen tatsächlich leistet: Mit

den Wahlkreuzen legitimiert sich immerhin eine Herrschaft, die sich auf ihre Unabhängigkeit von ihrer Basis – vom ‚Druck der Straße‘ – viel zugute hält und von ihrer Freiheit regen Gebrauch macht. Und auch wenn es aufgeklärten Zeitgenossen ‚letztlich doch egal‘ ist, von wem sie regiert werden; egal sollte es ihnen nicht sein, dass sie von ihrer demokratisch gewählten Herrschaft alle Lebensbedingungen serviert bekommen, mit denen sie praktisch zurechtkommen müssen.

ISBN 978-3-929211-13-9, 241 Seiten, € 14,80 – erhältlich im Buchhandel oder direkt beim GegenStandpunkt-Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München, Tel. 089 - 272 16 04, email: gegenstandpunkt@t-online.de, www.gegenstandpunkt.com